

12 Anträge (schriftlich)

12.1 Einführung der ÖGS als Unterrichtssprache (GR Ulrich, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner!

Seit 2005 wird die österreichische Gebärdensprache (ÖGS) als eigenständige Sprache in der Bundesverfassung anerkannt. Nach 18 Jahren Wartezeit wird die ÖGS im Zuge eines inklusiven Lehrplans nun als eigenständige Unterrichtssprache eingeführt, was durchaus als Meilenstein betrachtet werden kann. Mit Beginn des Schuljahres 2023/2024 soll die ÖGS endgültig Einzug in den Schulalltag halten. Dies bedeutet, dass ein inklusiver, kompetenzorientierter Lehrplan mit ÖGS als Unterrichtssprache in allen Fächern erarbeitet wird.

Als Startmaßnahme ist dieser einstimmige Allparteienbeschluss im österreichischen Nationalrat natürlich sehr zu begrüßen, denn die Lehrpläne müssen auf die Besonderheiten von Menschen mit Hörbeeinträchtigung Rücksicht nehmen. Viel zu oft wurden jungen Menschen schulische Entwicklungsmöglichkeiten durch mangelnde Förderungen bereits geraubt. Die österreichische Gebärdensprache als Bildungssprache für alle, gibt den Betroffenen einiges an Hoffnung zurück. Da sie im kompetenzorientierten Lehrplan als eigenständige Sprache gesehen wird, ermöglicht die Maßnahme in Zukunft das Erreichen des Maturaniveaus in der Erst- bzw. Muttersprache der Maturierenden – der Österreichischen Gebärdensprache. Leider steht und fällt die beste Idee mit den vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Ressourcen, in diesem Fall den Lehrkräften. Auch ohne die Einführung der ÖGS als Unterrichtssprache, reichen die wenigen Personalreserven jetzt schon kaum aus, um einen inklusiven Unterricht zu gewährleisten. In Graz ist die Volksschule Rosenberg mit einer bilingualen Klasse pro Jahrgang Vorreiterin und unterstützt auch andere Gymnasien. Mit Beginn des Schuljahres 2023/2024 benötigt es allerdings sehr viel mehr ausgebildetes Personal.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Bildungs- & Inklusions-Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, Kontakt mit den zuständigen Stellen in Land und Bund aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass ab dem Schuljahr 2023/2024 genügend Lehr-Personal in den Grazer Pflichtschulen für die Einführung der österreichischen Gebärdensprache als Unterrichtssprache zur Verfügung steht.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.2 Städtischer Taubenkobel – Pilotprojekt
(GRⁱⁿ Derler, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Tauben sind in der Stadt Graz ein seit vielen Jahrhunderten vertrautes Bild, sie gehören einfach zum Stadtbild. Bei den Stadttauben handelt es sich nicht um Wildtiere, es sind verwilderte Haustauben.

Die Stadttauben dürfen gemäß der geltenden Gesundheitsschutzverordnung nicht gefüttert werden. Dies ist insofern sehr sinnvoll, da nicht artgerechtes Futter, welches im guten Glauben geeignet zu sein, den Tieren zum Aufpicken vorgeworfen wird, die Tiere krank macht. Sie erleiden Darmentzündungen und setzen ihren Kot in großen Flecken ab, welcher als unschöne Zierde u.a. auf Denkmälern, Hausbrüstungen etc. landet und großen Schaden anrichtet.

Ziel der angestrebten Maßnahmen soll eine tiergerechte, ökologisch sinnvolle Bestandskontrolle der Stadttaubenpopulation sowie die Verhinderung tierquälerischer Maßnahmen, wie Vergiften, medikamentöse Verhütungsmittel, sein. Diese Mittel werden auch von anderen Tieren, wie Eichhörnchen, Igel etc. gefressen.

Tierschutzexperten schlagen daher vor, an Plätzen mit großer Taubenpopulation entsprechende Einrichtungen, etwa einen Taubenkobel, vorzusehen. Ein Taubenkobel ist eine Anlage, in welcher sich die Tauben ausruhen, auch schlafen, nisten, und (artgerecht) fressen können. Die frisch gelegten Eier werden gegen Attrappen ausgetauscht. Die Betreuung der Taubenkobel könnte durch ehrenamtliche Mitarbeiter einer Tierschutzorganisation erfolgen.

Gute Beispiele für bereits eingerichtete Taubenkobel finden sich in Wien, Innsbruck, Augsburg, Frankfurt, und anderen deutschen Städten.

Das allgemeine Verbot, Tauben zu füttern, muss aufrecht bleiben, da dies eine falsch verstandene Tierliebe ist!

Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die für Tierschutz zuständige Stadtsenatsreferentin Claudia Schönbacher wird im Sinne des Motivenberichts ersucht, alle erforderlichen Schritte für das Pilotprojekt „Städtischer Taubenkobel“ zu prüfen bzw. zu unternehmen, um dieses einer Umsetzung zuzuführen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.3 Dynamische Parkraumbewirtschaftung
(CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Mobilität ist ein Dauerbrennpunkthema in Graz. Bloß Parkplätze ersatzlos zu streichen, wenn ein ÖV-Projekt umgesetzt, eine verkehrsberuhigte Zone eingerichtet oder ein Fahrradweg angelegt wird, ist kein Konzept, das der Berücksichtigung auch anderer berechtigter Interessen gerecht wird.

Ein dynamisches Parkraumbewirtschaftungs-Konzept, welches neben Garagen auch die Blaue Zone berücksichtigt, ist neben dem Ausbau des ÖV notwendig. Intelligente Sensorik und digitale Technologien, die unnötige „Runden“ bei der Parkplatzsuche verhindern, ergänzen sich mit einem flexiblen Pricing-Modell, welches bedarfsorientiert den verfügbaren Parkraum verteilt. Die Erreichbarkeit von Unternehmen muss sowohl mit dem ÖV als auch mit dem Auto möglich sein – die Digitalisierung bietet die Chancen dazu.

Es ist daher an der Zeit, dass die Parkraumbewirtschaftung der Stadt Graz zu evaluieren und ins 21. Jahrhundert zu holen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den folgenden

Antrag:

1. Die zuständige Stadtsenatsreferentin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, alle Parkressourcen (Garagen, Parkplätze, blaue Zone) zentral zu erfassen und mit geeigneter Sensorik auszustatten, um die Auslastung sichtbar zu machen.
2. Darüber hinaus sollen durch ein „Smartes Navigationssystem“ Anwenderinnen und Anwender zu den freien Parkplätzen gelotst werden, um die Parkplatzsuche zu verkürzen.
3. Zusätzlich soll es die Möglichkeit geben, bestimmte Plätze gegen einen Aufpreis für einen bestimmten Zeitraum zu buchen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.4 Einbahnführung Prevenhueberweg
(GR HR DI Topf, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Verkehrssituation in der Umgebung von Schulen, im konkreten Fall bei der Volksschule Berliner Ring, ist insbesondere in der Früh und in der Mittagszeit oftmals sehr angespannt. Auf Grund eines Neubaus im Bereich Prevenhueberweg entstehen vor Ort rund 30 zusätzliche PKW-Stellplätze. Da der Prevenhueberweg in unmittelbarer Umgebung der Volksschule Berliner Ring liegt, ist dort ohnehin schon ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vorhanden, das nun offensichtlich noch mehr zunehmen wird. Zwar wurde vor Ort bereits eine Verkehrsinsel errichtet und eine Tempo 30 Zone eingeführt, dennoch ist insbesondere beim Prevenhueberweg ein hohes Aufkommen an Ausweichverkehr zu beobachten. Eine Idee, um zumindest den angesprochenen Ausweichverkehr etwas einzuschränken, wäre die Errichtung einer Einbahn in Fahrtrichtung Süden im Abschnitt zwischen der Rudolfstraße.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob die Errichtung einer Einbahn in Fahrtrichtung Süden beim Prevenhueberweg im Abschnitt zwischen der Rudolfstraße möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.5 Abwärme von städtischen Rechenzentren - sinnvoll klimabewusst nutzen
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Klimafreundliche Wärmeversorgung hat viele Bausteine. Ein kleiner davon, kann auch die Abwärme der beiden städtischen Rechenzentren der Citycom werden.

Rechenzentren produzieren bei nicht geringem Energieaufwand große Mengen an Wärme, die ungenutzt verpufft. Das soll sich ändern!

Einige europäische Länder, wie etwa Schweden und Norwegen, sind auf diesem Gebiet Vorreiter und nutzen bereits die Abwärme von Rechenzentren zur Wärmeversorgung von Wohnsiedlungen mittels Fernwärmenetzen. Auch in Deutschland haben viele Betreiber von Rechenzentren die Bedeutung der Abwärmenutzung als alternative Wärmeversorgung erkannt. In Frankfurt am Main zum Beispiel sollen 1.300 Wohnungen des Neubauquartiers Westville ab 2023 mit der Abwärme eines benachbarten Rechenzentrums versorgt werden.

Wenn auch die Stadt Graz künftig den Weg alternativer Wärmegewinnung beschreiten will, ist die Nutzung solcher Wärmequellen unbedingt zu prüfen.

Die Wirtschaftlichkeit der Abwärmenutzung in Folge der Aufbereitung und Einspeisung in das Fernwärmenetz sind dabei individuell zu prüfen und berücksichtigen. Vor allem, da Prognosen sagen, dass sich der Energieverbrauch von Rechenzentren bis zum Jahre 2030 noch einmal verdoppeln wird, scheint die Nutzung und Umwandlung des verbrauchten Stroms am Ende umweltpolitisch und wirtschaftlich alternativlos.

Hervorzuheben ist dabei immer, dass diese Art der Wärmerückgewinnung als erneuerbare Energie gilt und enormes Potenzial für die Wärmeversorgung von beispielsweise städtischen Wohnungen und Einrichtungen hätte und somit einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Klimawende in Graz bedeuten könnte.

Wenn das Internet also schon viel heiße Luft produziert, sollte man mit dieser wenigstens auch heizen können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Hauses Graz werden im Sinne des Motivenberichts beauftragt, die Möglichkeiten der Nutzung der Abwärme der beiden städtischen Rechenzentren der Citycom zu überprüfen und einen dementsprechenden Bericht nach ökologischen, wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten vorzulegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.6 Schulstraße für die VS Nibelungen
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Nibelungenstraße 18/20 befindet sich im Gründerzeitviertel von St. Leonhard - von der Straße aus schwer einsehbar, in der Häuserzeile zurückversetzt - die Volksschule Nibelungen.

2018 wurde unverständlicherweise unter der damaligen Verkehrsstadträtin Elke Kahr die in die Jahre gekommene, bestehende Druckampel nicht durch eine Neue sondern durch wenig effektive, bauliche Maßnahmen, die aber über 45.000 Euro gekostet haben, ersetzt. Zum Vergleich hätte eine neue Druckampel zu diesem Zeitpunkt 73.000 Euro gekostet.

Der damalige Bezirksvorsteher sprach sich bei der Bauverhandlung massiv gegen diese Änderungen aus und verwies auf die Gefahr, die in dieser Zone vor der Schule für die Kinder besteht.

Leider bestätigte sich vor einigen Wochen diese Vorahnung, ein Schulkind wurde vor der Volksschule Nibelungen von einem PKW angefahren.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Im Straßenabschnitt vor der Volksschule Nibelungen soll aufgrund des im Motivenberichts geschilderten Vorfalles eine Schulstraße errichtet werden. Aufgrund der Dringlichkeit soll Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner umgehend mit dem Straßenamt diese Schulstraße noch im Sommersemester umsetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.7 Job-Rad für Bedienstete im Haus Graz
(GRⁱⁿ Sabine Wagner, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Graz ist ohne Zweifel eine Stadt der kurzen Wege. Wenn man nicht gerade mit der Familie von Andritz nach Straßgang oder von Gösting nach Waltendorf muss, bietet sich für viele Wege das Fahrrad als gesunde Alternative an, um seine Wege zu erledigen und natürlich in die Arbeit und retour zu kommen.

Viele Arbeitgeber, darunter auch schon viele Kommunen und ihre Beteiligungen, bieten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, günstig ein sogenanntes Job-Rad zu erwerben.

Es gibt dazu einige Anbieter in Österreich, wie zum Beispiel firmenradl.at. Dabei registriert sich der Betrieb und der Mitarbeiter auf dieser Plattform und die Mitarbeiter können bei einem Partner-Fahrradgeschäft ihrer Wahl ein Rad kaufen, das über den Arbeitgeber vorfinanziert wird und direkt als Sachbezug am Lohnzettel aufscheint. Gerade wenn es darum geht, ein E-Bike oder ein Lastenfahrrad zu kaufen, ist der Anschaffungspreis für viele arbeitenden Menschen und Familien doch ein wesentliches Hemmnis auf ein alltagstaugliches Allzweckfahrzeug im urbanen Raum zu verzichten und stattdessen doch das Auto zu nützen.

Die hohe Teuerungsrate und die steigenden Kosten in nahezu allen Lebensbereichen tun ihr Übriges dazu, dass sich Menschen die Anschaffung eines leistungsfähigen Autoersatzes, nicht oder nur schwer leisten können.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Herr Stadtrat Manfred Eber wird ersucht zu prüfen, wie alle Bediensteten im Haus Graz von diesem Modell profitieren können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.8 Verkehrssicherheit Pirchäckerstraße
(GR Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tempo 30 auf Nebenstraßen stellt eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität für Anrainer:innen dar, da diese Tempobremse nicht nur den Verkehrslärm reduziert, sondern auch die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Letzteres ist im Übrigen naturgemäß ein Plus für alle Verkehrsteilnehmer:innen: Für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen ebenso wie auch für Autofahrer:innen. Doch leider kommt es auch in Graz immer wieder vor, dass KFZ-Lenker:innen die wesentlichen Grundregeln von Tempo 30-Zonen, nämlich die Geschwindigkeitsbegrenzung sowie die Rechtsregel an Kreuzungen, missachten, was dann oft zu gefährlichen Situationen und bisweilen sogar zu Unfällen führt.

Das ist aber nicht immer auf Gedankenlosigkeit oder gar Rücksichtslosigkeit zurückzuführen, sondern oftmals auf Unwissenheit, dass man sich auf einer Tempo-30-Straße befindet.

Es wäre wichtig, nicht nur eingangs von Tempo-30-Straßen deutliche Beschilderungen und sichtbare, regelmäßig erneuerte Bodenmarkierungen anzubringen: Ebenso wichtig wäre es, in 30er-Zonen an Kreuzungsbereichen mit Bodenmarkierungen wie beispielsweise den in vielen Städten und Gemeinden verwendeten „Haifischzähnen“ auf die Rechtsregel aufmerksam zu machen, die zudem laut Verkehrsexpert:innen auch als Tempobremser wirken. Nicht zu vergessen, regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen wären sicher auch ein Beitrag, potentielle Raser:innen auf die Geschwindigkeitsbeschränkung aufmerksam zu machen – dies alles im Sinne der Wohn- und Lebensqualität der Anrainer:innen und der Verkehrssicherheit für alle. Dies betrifft selbstverständlich alle Tempo 30-Bereiche in Graz, ganz besonders dringend wären solche Maßnahmen jedoch in der Pirchäckerstraße, zu setzen. In dieser Straße befindet sich nicht nur ein Kindergarten, sie stellt auch den Schulweg für viele Kinder dar.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht dafür Sorge zu tragen bzw. zu veranlassen, dass die Pirchäckerstraße ausreichend beschildert und mit gut sichtbaren Bodenmarkierungen, evtl. auch mit „Haifischzähnen“, versehen wird. Weiters sollen regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.9 Faktenlage der Volksschulkinder in Graz
(GRⁱⁿ Dipl.ⁱⁿ Wirtschaftsing.ⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In vielen Bereichen der Kinderbetreuung gibt es derzeit herausfordernde Aufgabenstellungen. Werden diese nicht gemeistert, geht es zu Lasten der Kinder. Ausgleichen müssen dies dann die Eltern, Erziehungsberechtigten oder Angehörigen. Oft erkennt man die Auswirkungen nicht direkt, wenn der Zusammenhang nicht deutlich erkennbar ist. Zahlen können da helfen und verschaffen oft die nötige Klarheit. Konkret soll es hier um die Faktenlage der Volksschulkinder in Graz gehen. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen Kennzahlen der letzten 5 Jahre evaluieren und diese zur Verfügung stellen. Konkret geht es um die Anzahl der Kinder (Wohnsitz in Graz und außerhalb), die die unterschiedlichen Formen der VS besuchen (Halbtag, Ganztage, Verschränkt, Alternativ). Ebenso soll die Anzahl der Anmeldungen zum Mittagstisch in den Schulformen, die ein Wahlrecht zulassen, evaluiert werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12.10 Halte- und Parkverbot Schippingerstraße
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Auf Grund der guten Arbeitsmöglichkeiten weist Graz an allen Ein- und Ausfahrten eine hohe Frequenz an Pendlern auf, die entweder direkt zu ihrem Standort fahren oder am

Stadtrand außerhalb der gebührenpflichtigen Zonen parken, um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu gelangen.

Letzteres ist an geeigneten Orten sicher zu bevorzugen, jedoch mangelt es im Grazer Norden vor allem an diesen Möglichkeiten. Der P & R Weinzödl ist auf Grund der schlechten Verkehrsanbindung leider wenig interessant für Pendler. Daher weichen Pendler auf Seitenstraßen aus, die dann oftmals unwissentlich entgegen der Straßenverkehrsordnung rechtswidrig als Parkflächen verwendet werden.

Eine dieser Seitenstraßen ist die Schippingerstraße, die als Verbindung der Wiener Straße und der Augasse besonders beliebt ist. Sowohl die Linie 67 als auch die Linie 40 bieten gute Verbindungsmöglichkeiten in die Innenstadt ohne Umsteigen zu müssen. Auf Grund des Parkens in der Kurve Ecke Zanklstraße, kommt es jedoch beinahe jedes Mal zu gefährlichen Situationen. Gründe hierfür sind ganz klar die fehlende Fahrbahnbreite sowie die Sichtverhältnisse, die durch die parkenden Autos stark eingeschränkt werden.

Abhilfe kann in diesem Fall nur ein Halte- und Parkverbot schaffen, das vom Westen kommend, beginnend auf Höhe Schippingerstraße 30 bis zur Augasse führt.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an besagtem Straßenabschnitt ein Halte- und Parkverbot verordnet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.11 Sichere Fußgänger- und Radfahrübergänge
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am 22.09.2022 stellten wir einen Antrag, der zum Ziel hatte, die Anton-Kleinoscheg-Straße durchgehend in eine Tempo-30-Zone umzuwandeln. Dieses Anliegen wurde seitens des zuständigen Amtes mit einer Begründung abgelehnt.

Nach Rücksprache mit den Bürgern, wollen wir die Idee aufgreifen und vorschlagen, an dieser Stelle eine Signaleinrichtung mit Orange blinkendem Licht, das auf Fußgänger- bzw. Radfahrübergänge aufmerksam macht, zu installieren.

So ausgestattete Fußgängerübergänge könnten Teil eines Pilotprojektes werden, nachhaltig durch Solarenergie betrieben werden und als Referenz für weitere schnelle und sinnvolle Lösungen im Bereich der Fußgängersicherheit dienen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine solche Einrichtung errichtet werden kann bzw. ob als Alternative auch eine nachhaltige Lösung wie im Motiventext beschrieben möglich wäre.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.12 Umgestaltung der Haltestelle Franz-Pratter-Straße in Richtung Süden
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nachdem unser dringlicher Antrag zu den barrierefreien Bushaltestellen im März 2022 im Gemeinderat einstimmig angenommen wurde, werden wir immer wieder auf

einzelne Haltestellen im gesamten Stadtgebiet aufmerksam gemacht, bei denen Nachbesserungsbedarf besteht.

Darunter fällt auch die Bushaltestelle Franz-Pratter-Straße der Linie 62 in Richtung Süden. Die Probleme an der betreffenden Haltestelle sind vielseitig: es fehlt ein Wartehäuschen sowie eine adäquate Beleuchtung. Zudem können lange Gelenkbusse kaum bis an die Gehsteigkante heranfahren, sodass vor allem für ältere Personen und Personen mit Beeinträchtigung das Ein- und Aussteigen eine Herausforderung darstellt. Diese bemängeln vor allem den Niveauunterschied zwischen Trittbrett und Gehsteig und die schlechte Sicht, wenn sie bei Dunkelheit vom Bus hinaus auf den Gehsteig steigen möchten. Hier würden eine Beleuchtung das Ein- und Aussteigen sicherer gestalten. Eine Überdachung würde die Haltestelle weiter aufwerten. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die genannte Haltestelle laut Motiventext adaptiert werden kann.

**12.13 Verkehrssicherheit in der Kapellenstraße
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es gibt in Graz viele Straßen und Gassen, die auf Grund der Verkehrsfrequenz besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Eine dieser Straßen ist die Kapellenstraße. Hier erreichten uns mehrere Bürgeranliegen, die sich im Rahmen der Verkehrssicherheit auf zwei wesentliche Verbesserungsvorschläge zusammenfassen lassen.

Bei den Zufahrten zur Kapellenstraße aus der Sechszwanziger-Schützen-Gasse und der Siebenundvierzigergasse hängen jeweils Verkehrsspiegel, die durch größere ausgetauscht werden sollen.

Zudem kommt es in diesem Bereich immer wieder zu Geschwindigkeitsübertretungen, die zu gefährlichen Situationen führen. Daher besteht der Wunsch einer Geschwindigkeitskontrolle in Form einer Geschwindigkeitsmessung oder eines stationären Radarmessgerätes. Außerdem soll geprüft werden, ob in der Kapellenstraße Tempo 30 eingeführt werden kann.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die im Motiventext beschriebenen Maßnahmen umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.14 Errichtung einer Hundewiese an Andritzer Kirschenallee
(GRⁱⁿ. Mag.^a Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Gerade in einem Ballungsraum wie Graz sind großzügige und gesicherte Auslaufflächen für Hunde äußerst gefragt. Die Stadt zählt gesamt 16 Hundewiesen, doch fehlt es gerade in einem großen Bezirk wie Andritz an einer eigenen Hundewiese.

Der Bereich der Andritzer Kirschenallee würde sich für die Errichtung einer Hundewiese hervorragend anbieten. Der Grünraum ist entsprechend weitläufig, viele Hundebesitzer nutzen die Gegend bereits für einen Spaziergang mit ihrem Vierbeiner an der Leine und es gibt keine angrenzenden Anrainer, die sich am Treiben auf der

Hundewiese stören würden. Eine gesicherte Auslaufläche für Hunde in Form einer Hundewiese wäre in diesem Bereich also eine Bereicherung für den gesamten Bezirk. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen prüfen, ob eine Hundewiese an der Andritzer Kirschenallee errichtet werden kann, sodass auch der Bezirk Andritz über eine gesicherte Auslaufläche für Hunde verfügt.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.15 Durchführung einer Gesundheits- und Sportbefragung
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sport ist ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft und trägt maßgeblich zu Wohlbefinden und Gesundheit der Bevölkerung bei. Sportliche Aktivitäten spielen in vielen Lebensbereichen eine wichtige Rolle. Von der Stärkung der körperlichen Fitness bis hin zum psychischen Wohlbefinden ist Sport von zentraler Bedeutung. Dies wirkt sich letzten Endes auf die angespannten Budgets im Gesundheitsbereich aus.

Menschen, die sich bewegen, sind seltener krank, wodurch die Ausgaben im Gesundheitssystem sinken. Auch auf Kommunalebene sind daher Maßnahmen zu setzen, die es jedem Bürger ermöglichen, Sport zu betreiben und andere gesundheitsfördernde Angebote zu nutzen. Insbesondere größere Gemeinden und

Städte sollten diesen Bereich im Sinne einer bürgernahen Kommunalpolitik keinesfalls vernachlässigen.

In den vergangenen Jahren und insbesondere während der Coronapandemie mussten viele Menschen ihre eigenen, persönlichen Bedürfnisse angesichts der veränderten Lebensumstände oftmals hintenanstellen oder sie konnten aufgrund von geschlossenen Sport- und Gesundheitszentren ihren üblichen sportlichen sowie gesundheitsfördernden Aktivitäten nur eingeschränkt nachgehen. Viele Bürger haben in dieser Zeit auch ein neues Sportverhalten bzw. ein neues Gesundheitsverständnis entwickelt und wünschen sich auch auf kommunaler Ebene mehr Angebote in diesem Bereich. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung – unter anderem für die Stadt Graz, welche im Jahr 2021 das Sportjahr unter dem Motto „Let’s Go! Graz“ beging – sich ein Bild von den sich kontinuierlich ändernden Bedürfnissen der Grazer im Sport- und Gesundheitsbereich zu machen.

Konkret könnte dies anhand einer sogenannten „Gesundheits- und Sportbefragung“ am Beispiel der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz erfolgen. Am 12. September 2022 startete die Stadt Linz eine Online-Befragung, um in Erfahrung zu bringen, wie zufrieden die Linzer mit dem städtischen Gesundheits- und Sportangebot sind. „Ziel der Befragung ist, das Meinungsbild der Linzer Bevölkerung rund um das Thema Gesundheit und Sport zu erhalten und ihre Wünsche und Anliegen zu erfahren. Damit bekommen Politik und Verwaltung eine wesentliche Grundlage für künftige Entscheidungen unter dem Aspekt der Bürgerorientierung“, ist dazu auf der Homepage der Stadt Linz zu lesen. „Aus den Ergebnissen der Befragung lassen sich wertvolle Erkenntnisse zum Gesundheits- und Sportverhalten der Linzerinnen und Linzer ableiten. Damit können wir künftig das städtische Leistungsangebot in diesen Bereichen noch besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten, in dem wir gezielt dort ansetzen, wo die Menschen selbst Veränderungen wünschen“, hielt SPÖ-Vizebürgermeisterin Karin Hörzing in diesem Zusammenhang fest.

Auch FPÖ-Gesundheitsstadtrat Dr. Michael Raml hält die Befragung zu den Gesundheits- und Sporterfahrungen der Bevölkerung für sehr wichtig, „[...] um

zukünftig das städtische Leistungsangebot in diesen Bereichen noch besser auf ihre Bedürfnisse ausrichten zu können“.¹¹

Die „Gesundheits- und Sportbefragung 2022“ der Stadt Linz erfolgt online als Stichprobenbefragung mit 20.000 per Zufall ausgewählten Personen mit Hauptwohnsitz in Linz. Die Befragung, welche vom städtischen Geschäftsbereich „Gesundheit und Sport“ gemeinsam mit der Linzer Stadtforschung durchgeführt wird, ist vollständig anonym. Befragt werden Personen ab 15 Jahren in allen Altersklassen zu verschiedenen Themenblöcken wie etwa Zufriedenheit mit dem städtischen Gesundheits- und Sportangebot, Sportverhalten und Freizeitgestaltung, allgemeine Lebensgewohnheiten (Ernährung und Lebensstil) sowie berufliche und andere Belastungen. Bei der Auswahl der Testpersonen wurde auf die regionale Verteilung auf die Stadtteile geachtet.

Auch für die steirische Landeshauptstadt könnte eine derartige Umfrage wertvolle Erkenntnisse zum Gesundheits- und Sportverhalten der Grazer liefern. Folglich wäre es möglich, das städtische Leistungsangebot in diesen Bereichen besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung auszurichten. Nach dem abgehaltenen Sportjahr „Let’s Go! Graz“ im Jahr 2021 und einer mehr oder weniger erfolgreichen Fortsetzung im vergangenen Jahr sollte die Stadt Graz bzw. die dunkelrot-grün-rote Stadtkoalition auch im Jahr 2023 einen Fokus auf gesundheitsfördernde Maßnahmen richten und diesen Themenbereich nicht einfach ad acta legen.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, am Vorbild der Stadt Linz eine „Gesundheits- und Sportbefragung“ zu initiieren, um das Meinungsbild der Grazer Bevölkerung rund

¹¹ https://www.linz.at/medienservice/2022/202209_116850.php

um das Thema Gesundheit und Sport zu erforschen und künftig das städtische Leistungsangebot in diesen Bereichen noch besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten zu können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.16 Josefitag am 19. März: Aufwertung des steirischen Landesfeiertags dringend geboten
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit nunmehr 252 Jahren ist der heilige Josef der Landespatron der Grünen Mark. Die „Kleine Zeitung“ wusste darüber am 19. März 2016 wie folgt zu berichten: „Seit fast 250 Jahren ist der heilige Josef der Landespatron der Steiermark. Zu verdanken haben wir das den Habsburgern. Frei haben – theoretisch – nur noch Schüler und Lehrer. Für Tausende steirische Schüler und ihre Lehrer wäre der Josefitag am 19. März schulfrei – würde er nicht ausgerechnet auf einen Samstag fallen. In der Verwaltung ist das Bundesgesetz kein Thema mehr: Im Magistrat Graz ist seit 1997 Normalbetrieb, im Land Steiermark seit 1998. Zum Patron der Steiermark wurde Josef übrigens im Jahr 1771. Damals hat er Rupert als seinen Vorgänger abgelöst. ‚Das geht auf Maria Theresia zurück‘, erklärt Roswitha Orac-Stipperger vom Grazer Volkskundemuseum. ‚Josef war einer der wichtigsten Patrone der Habsburger.‘“¹²

„Die Woche“ weiß auch zu erklären, in welchem Zusammenhang der 19. März mit Zimmerern und ihrem Arbeitsmaterial Holz steht: „Der 19. März ist ein ganz

¹² https://www.kleinezeitung.at/steiermark/4949489/Josefitag_Die-Steiermark-feiertihren-Landespatron

besonderer Tag für alle Zimmerer: Josefstag, Namenstag des Heiligen Josef. Er ist als Vater von Jesus der Schutzpatron aller Zimmererleute.“¹³

Im Vergleich zu Landesfeiertagen und deren Abhaltung in anderen Bundesländern nimmt sich die Steiermark äußerst bescheiden aus. Es scheint, als hätten ÖVP und SPÖ keinerlei Interesse, entsprechende Schritte zu setzen, um identitätsstiftend und generationenübergreifend zu wirken und die Menschen zusammenzuführen.

Während einige steirische Landsleute den Landesfeiertag hauptsächlich noch mit Erinnerungen an schul- beziehungsweise arbeitsfreie Tage in Verbindung bringen, ist es vielen Bewohnern der Grünen Mark nach wie vor ein Bedürfnis, den Landesfeiertag im gesellschaftlichen Miteinander zu verbringen und somit das steirische Brauchtum insgesamt zu stärken. Gelegenheiten dazu gibt es jedoch nicht mehr viele, anzuführen sind etwa der Josefmarkt in Aichfeld sowie das Bradlmusi-Josefisingen in Bad Aussee. Diese finden jedoch nicht am 19. März, sondern in zeitlicher Nähe zu diesem Datum statt.

Gerade für Berufstätige wäre es jedoch wichtig, unabhängig vom Wochentag entsprechende Feierlichkeiten am späten Nachmittag oder Abend sicherzustellen, die den Landesfeiertag zu einem Familienfest machen würden.

Gerade die Landeshauptstadt Graz als ehemalige Kulturhauptstadt sollte Interesse daran haben, den Landesfeiertag wieder ins Bewusstsein der Bürger zu rücken und kulturell entsprechend zu bewerben. Für die Ausarbeitung eines Konzepts sollten neben dem Land Steiermark auch die Volkskultur Steiermark GmbH sowie weitere relevante Stakeholder herangezogen werden.

Es ist unbestritten, dass die traditionelle Form der Kulturausübung gerade in einem schnell und offenbar grenzenlos erweitertem Europa gebraucht wird und darüber hinaus identitätsstiftend wirkt. Prinzipiell läge es am zuständigen Kulturstadtrat bzw. am zuständigen Landesregierungsmitglied, diesen Bereich durch entsprechende Initiativen mit Leben zu befüllen. Keinesfalls reicht es aus, alljährlich Förderansuchen

¹³ https://www.meinbezirk.at/flachgau/cgedanken/warum-steht-der-josefi-tag-im-zeichen-des-holzes_a5228179

durchzuwinken und Besucherrekorde beim – ebenfalls wichtigen – „Aufsteirern“ zu vermelden oder von ORF Quotenrekorden für die „Aufsteirern-Show“ zu schwärmen. Auch die STEIERMARK SCHAU ist sicherlich vieles, aber keinesfalls jene Veranstaltung, die sich heimatbewusste Steirer wünschen.

Die Steiermark und gerade die Landeshauptstadt Graz brauchen ein klares Bekenntnis zum Landesfeiertag – dieses darf sich jedoch nicht in Worthülsen erschöpfen, sondern muss auch mit finanziellen Mitteln und Ideen sowie zugkräftigen Projekten unterlegt sein.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark, der Volkskultur Steiermark GmbH sowie weiterer Stakeholder ein Konzept für Landesfeierlichkeiten am Landesfeiertag am 19. März auszuarbeiten und bei der Terminisierung auf die Teilnahmemöglichkeit von Berufstätigen Rücksicht zu nehmen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**12.17 Konzept für nachhaltigen wirtschaftlichen Neustart der Annenpassage
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Annenpassage war nicht zuletzt aufgrund der Nähe zum Hauptbahnhof einst ein florierendes und beliebtes Einkaufszentrum in Graz. Als nacheinander Geschäfte wie Saturn, Billa oder die Bäckerei Sorger auszogen, verwaiste die Passage zusehends. Wie auch die „Kleine Zeitung“ am 21. Jänner 2023 schilderte, ist der unterirdische und

„innere“ Teil aus Sicherheits- und Kostengründen mittlerweile endgültig stillgelegt, letzte verbliebene Geschäfte halten oberirdisch die Stellung. Für den Eigentümer der Annenpassage, die List Group in Wien, sei eine Neuausrichtung jedoch nach wie vor das Ziel: „[...] Laufende Anfragen von Interessenten aus der Handelsbranche werden auch behandelt und dazu auch teils vertiefende Gespräche geführt. Die Vermietung einzelner Geschäftsflächen ist jedoch ohne ein ganzheitliches Konzept, welches für einen nachhaltigen Erfolg unter anderem auch die Ansiedlung eines Ankermieters erfordert, nicht zielführend. Gespräche mit ebensolchen werden aktuell geführt. [...]“.¹⁴

Die derzeitige Situation ist für die Einkaufs- und Tourismusstadt Graz auf Dauer nicht hinnehmbar, sehen sich doch Touristen, Pendler und die Grazer Bürger mit diesem tristen Anblick der leerstehenden Passage konfrontiert. Die politischen Verantwortungsträger, allen voran Bürgermeisterin Elke Kahr und Wirtschaftsstadtrat Günter Riegler, sind angehalten, sich umgehend dieser Thematik anzunehmen und den Eigentümer bei der Erarbeitung des angedachten notwendigen wirtschaftlichen Gesamtkonzepts für den Standort zu unterstützen. So würde sich etwa die Abhaltung eines Annenpassagen-Gipfels anbieten. Jedenfalls ist dabei an eine Einbindung von Experten im Bereich Standortentwicklung und Standortmanagement, etwa aus der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft m.b.H. SFG oder aus dem Holding Graz Citymanagement, zu denken. Schließlich hat der jetzige Zustand der Einkaufsmeile aufgrund der repräsentativen Lage nahe am Hauptbahnhof alles andere als eine positive Außenwirkung für den Handelsstandort Graz. Von einem Neustart der Annenpassage würden auch die wenig verbliebenen engagierten Unternehmer profitieren, die den schwierigen Bedingungen bisher getrotzt haben. Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

¹⁴ https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6241270/Nachgefragt_Das-wurde-aus-demgeplanten-Neustart-der-Grazer

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, unter Einbindung von Experten im Bereich Standortentwicklung und Standortmanagement, etwa aus der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft m.b.H. SFG oder aus dem Holding Graz Citymanagement, sowie in Abstimmung mit dem Eigentümer der Annenpassage ein ganzheitliches Konzept zu erarbeiten, auf dessen Grundlage ehestmöglich ein nachhaltiger wirtschaftlicher Neustart der Einkaufsmeile gelingen kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Februar 2023

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 21.11 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüfer:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Der Schriftprüfer:
GR Tristan Ammerer

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter